
Von: Nasr Rasha <rasha.nasr@bundestag.de>

Datum: Freitag, 2. Dezember 2022 um 12:51

An: Dietmar Polster <info.rundertisch@gmail.com>

Betreff: AW: Härtefallfonds

Sehr geehrte Vertreter:innen des Runden Tisches Rentengerechtigkeit,
sehr geehrte Herren Polster und Weißenborn,
lieber Dietmar,

gern möchte ich wiederum Stellung beziehen und auf die „Erklärung des Runden Tisches“ meinerseits reagieren, in der Hoffnung Transparenz über den hinter uns liegenden und den noch kommenden Weg vor uns zu schaffen.

Dass mit Einigung des Haushaltsausschusses vom 7.11.2022 endlich insofern Bewegung in die Frage der Rentenüberleitung gekommen und die Einrichtung des sog. „Härtefallfonds“ herbeigeführt werden konnte, ist angesichts der vielfältigsten Problemlagen der Betroffenenengruppen und dem jahrelangen Stillstand in dieser Frage ein Erfolg. Dazu stehe ich. Denn hätten die Haushälter:innen keine Lösung herbeigeführt, hätten wir den Härtefallfonds als gescheitert erklären und allen Betroffenen mitteilen müssen, dass sie leer ausgehen.

Die Härtefallregelung ist eine Regelung aus der vorangegangenen Legislatur und wurde darauf basierend in den Koalitionsvertrag `21 der Ampel-Koalition aufgenommen. Es ist somit hinlänglich bekannt, dass es sich um eine Härtefallregelung handeln und es mindestens auch in dieser Legislatur keine allgemeine Entschädigung für alle geben wird. Dafür gab es bisher keine Mehrheiten. So sehr ich den Ärger verstehen und die Ungerechtigkeit auch nachvollziehen kann, ist das aber der verhandelte Kompromissvorschlag zu diesem Zeitpunkt.

Der Wille zu handeln eint uns alle – ob nun Regierungs- oder Oppositionspartei oder eben Vertreter:innen der Betroffenenengruppen: wir alle wollen, dass der Härtefallfonds schnellstmöglich kommt und gelingt. Der gefundene Kompromiss ist im Übrigen ein deutliches Signal des Bundes, den Forderungen der Betroffenen nachzukommen und es ist vielmehr jetzt Aufgabe der Länder weiter dazu beizutragen, der zu gründenden Stiftung beizutreten und die Einmalzahlungen aufzustocken. Der Bund hat sein Möglichstes getan: Die Länder haben es nun in der Hand, Ihnen, den Betroffenen, eine höhere Zahlung zu ermöglichen.

Seien Sie sich sicher: wir kämpfen auch weiterhin an Ihrer Seite, wenn es nun darum geht, die Kolleg:innen auf Länderebene davon zu überzeugen, der Stiftung schnellstmöglich beizutreten und die Einmalzahlungen für Betroffene zu erhöhen.

Mit solidarischen Grüßen

Rasha Nasr

Rasha Nasr

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin